

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8038/39
Telefax: 896346 ppbn d
Telefax: 21 0684

Inhalt

Hans-Jürgen Wischniewski
MdB zur Notwendigkeit
einer verlässlichen Deutsch-
landpolitik: Warnung vor
politischem Dilettantismus.
Seite 1

Harald B. Schäfer MdB zum
Regierungs-Entwurf zur
Technischen Anleitung Son-
derabfall: Spät und unzu-
reichend.
Seite 3

Dr. Edith Niehuis MdB
zur aktuellen Entwicklung
in dem Himalayaland: Neue
Demokratiekampagne in
Nepal.
Seite 6

45. Jahrgang / 35

19. Februar 1990

Warnung vor politischem Dilettantismus

Zur Notwendigkeit einer verlässlichen Deutschlandpolitik

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des
Deutschen Bundestages

Natürlich ist die Frage der deutschen Einheit in erster Linie eine
Angelegenheit des deutschen Selbstbestimmungsrechtes. Aber
genauso klar ist, daß die deutsche Einheit im Rahmen der euro-
päischen Entwicklung erfolgen muß. Insbesondere müssen unsere
Nachbarn und die Vier Mächte unser Anliegen unterstützen. Al-
leingänge sind unerträglich. Es darf kein Mißtrauen entstehen.

Von besonderer Bedeutung ist die Haltung Frankreichs; das Ver-
hältnis zwischen Frankreich und der Bundesrepublik ist zur Zeit
nicht so, wie es sein müßte. Es ist völlig unnötigen Belastungen
ausgesetzt worden. Der französische Staatspräsident hat den Zehn-
Punkte-Plan von Bundeskanzler Kohl zuerst aus den Medien er-
fahren. Keinerlei Information oder Konsultation hat vorher statt-
gefunden.

Unsere französischen Nachbarn und unsere Partner in der Euro-
päischen Gemeinschaft haben die Absicht einer Währungsunion
mit der DDR zuerst aus den Medien erfahren. Auch die Regie-
rung der DDR und der Runde Tisch haben unsere Absichten aus
den Medien entnehmen müssen. Bei der Schaffung einer europä-
ischen Währung war die Bundesrepublik mehr als zurückhaltend.
Da ist es kein Wunder, wenn die Partner in der Europäischen Ge-
meinschaft mehr als verärgert sind, wenn sie über die Medien
informiert werden, daß wir die Absicht haben, unser Währungsge-
biet entscheidend auszuweiten.

Bei der letzten Begegnung zwischen Präsident Mitterrand und
Bundeskanzler Kohl hat der französische Präsident vorgeschlagen,
den für Dezember 1990 vorgesehenen europäischen Währungs-
gipfel vorzuziehen. Kohl ist auf diesen Vorschlag nicht eingegangen.
Die entsprechende Überschrift in „Le Monde“ vom 17. Februar
1990 lautet: „Die Wiedervereinigung Deutschlands droht die Stär-
kung der Europäischen Gemeinschaft zu überholen.“ Hier ent-
steht eine gefährliche Situation. Die deutsche Einheit muß in die
europäische Entwicklung eingebettet sein. Alles andere stört den
überaus schwierigen Prozeß.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verlag/Druck:
mit sensitive Materialien
Recyclingpapier



Auch im Europäischen Parlament hat nicht nur der frühere französische Staatspräsident Valérie Giscard d'Estaing über mangelnde Information in der deutschen Frage geklagt.

Polen hat jetzt eine Beteiligung an den Arbeiten der zukünftigen Konferenz zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Mächten verlangt. Dieses Verlangen, das Probleme aufwirft, ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß der Bundeskanzler und andere Politiker der CDU/CSU nicht für die notwendige Klarheit in der Endgültigkeit der polnischen Westgrenze sorgen. Auch hier sind durch die Haltung von Mitgliedern der Bundesregierung neue Probleme entstanden. Wir brauchen die Zustimmung all unserer Nachbarn. Unser Verhältnis zu Polen ist von ganz besonderer Bedeutung.

Der Bundesverteidigungsminister Stoltenberg kann sich vorstellen, daß deutsche Truppen, die in die NATO integriert sind, auf dem Gebiet der heutigen DDR stationiert werden. Dieser Vorschlag ist völlig abwegig. Diese Vorstellung erweckt den Eindruck, daß es Mitglieder der Bundesregierung gibt, die ausprobieren wollen, wie schwierig man die deutsche Frage für den ersten Mann der Sowjetunion machen kann. Das ist unverantwortlich. Es ist ein glatter Hohn, wenn das dann als persönliche Meinung des Ministers dargestellt wird.

Offensichtlich ist die Bundesregierung trotz eines neuen Gremiums für die deutsche Einheit nicht in der Lage, eine gemeinsame Auffassung zu vertreten.

Die deutsche Politik befindet sich in einer außerordentlichen, und in einer schwierigen Phase. Diese Phase darf nicht belastet werden mit zusätzlichen Problemen, die Mitglieder der Bundesregierung erst selbst schaffen. Vertrauensvolle Information und Konsultation mit allen Partnern und mit allen Nachbarn ist unverzichtbar. Die ganze Bundesregierung ist aufgefordert, dem nachzukommen. Die deutsche Einheit ist keine Privatangelegenheit. Sie ist ein hohes Gut, das keinen politischen Dilettantismus verträgt.

(-/19.2.1990/vo-he/rs)

* * *

Spät und unzureichend

Zum Regierungs-Entwurf zur Technischen Anleitung Sonderabfall

Von Harald B. Schäfer MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

1. Der Sachstand:

Am 23. November 1988 legte die Bundesregierung einen Referentenentwurf zum ersten Teil der TA-Sonderabfall vor, in dem die Lagerung, die chemisch-physikalische Behandlung und die Verbrennung von Sonderabfällen geregelt wurde.

Dieser erste Teil der TA-Sonderabfall war unvollständig. Es wurde für Mitte 1989 der zweite Teil der TA-Sonderabfall angekündigt, der Anforderungen an die oberirdische und untertägige Ablagerung enthalten wird und in dem auch die entsprechenden Anhänge vervollständigt sein sollten.

Seit Oktober 1989 liegt der Referentenentwurf der kompletten TA-Sonderabfall vor. Dieser Referentenentwurf muß noch mit dem Bundesrat abgestimmt werden (am 10. November 1989 beschloß der Bundesrat seine Stellungnahme zur TA-Sonderabfall, Drucksache 360/89). Ebenso muß dieser Referentenentwurf noch auf Ressortebene abgestimmt werden.

Am 14. Dezember 1989 findet die Anhörung der beteiligten Kreise zur TA-Sonderabfall statt.

Mit dem jetzt vorliegenden Referentenentwurf zur TA-Sonderabfall wird die Lagerung, die chemisch-physikalische und biologische Behandlung, die Verbrennung und die Ablagerung von Sonderabfällen geregelt.

Es fehlt nach wie vor die Technische Anleitung Hausmüll, an der noch gearbeitet wird und zu der noch kein Referentenentwurf in Sicht ist.

2. Zum Inhalt

Mit der TA-Sonderabfall wird der Begriff „Sonderabfall“ erstmals bundeseinheitlich definiert. Bisher gab es je nach Bundesland unterschiedliche Definitionen. Durch beispielhafte Einbeziehung der Industriezweige, in denen die jeweiligen Abfälle entstehen, wird versucht, den Begriff „Sonderabfall“ möglichst eindeutig zu definieren und so zu verhindern, daß Sonderabfälle in Zukunft als Wirtschaftsgut deklariert werden können.

Es werden bundeseinheitliche Anforderungen an die Entsorgung von Abfällen nach dem Stand der Technik festgelegt mit dem Ziel, die umweltfreundlichste Entsorgungsart vorzuschreiben.

Die Zuordnung von Abfällen zu Entsorgungswegen und Entsorgungsverfahren bezieht sich auf die Zuordnungskriterien des Anhanges D. Es ist bedauerlich, daß in diesem Anhang für halogenierte Dioxine und Furane keine Grenzwerte festgelegt werden. Alle halogenorganischen Verbindungen werden in dem Summenparameter TOC (Total Organik Carbon), in dem der gesamte organisch gebundene Kohlenstoff erfaßt wird, zusammengefaßt.

Im Grundsatz geht die TA-Sonderabfall davon aus, daß Endlager so gebaut und betrieben werden müssen, daß sie nach Abschluß der Einlagerung und gegebenenfalls nach einer gewissen Zeit der Nachsorge sich selbst überlassen werden können. Es bleibt künftig nicht mehr dem Abfallerzeuger alleine überlassen, für seine Abfälle eine Entsorgungsmöglichkeit zu finden, sondern es wird vorgeschrieben, daß bestimmte Abfallarten, zum Beispiel der Verbrennung, einer chemisch-physikalischen Behandlung, der obertägigen oder der unterirdischen Ablagerung zugeführt werden. Hierzu dient insbesondere der Sonderabfallartenkatalog in Anhang C im Zusammenhang mit dem Anhang D.

Kann der Abfallerzeuger seinen Sonderabfall nicht recyceln, so ordnet er seinen Abfall einem Entsorgungsweg gemäß den Sonderabfallarten zu und übergibt ihn einem Entsorger beziehungsweise einer Entsorgungsanlage.

Der Abfallentsorger prüft anhand einer verantwortlichen Erklärung des Abfallerzeugers, ob er den Abfall ordnungsgemäß entsorgen kann und erklärt gegebenenfalls die Annahme (Annahmeerklärung).

Die verantwortliche Erklärung des Abfallerzeugers und die Annahmeerklärung des Abfallentsorgers werden von der zuständigen Behörde geprüft (Entsorgungsbestätigung).

Erst nach Abschluß des Entsorgungsnachweisverfahrens darf der Abfall entsorgt werden.

Das Neue an der TA-Sonderabfall ist, daß die Abfälle selbst die wirksamste und dauerhafteste Barriere gegen einen Schadstoffeintrag in den Untergrund bilden müssen. Diese „Barriere Abfall“ wird durch Zuordnungskriterien (Auslaugverhalten, organisch-toxische Inhaltsstoffe und Festigkeit, siehe insbesondere Anhang D) beschrieben.

3. Wertung

a) Anhang D nur vorläufig

Die Zuordnungskriterien in Anhang D werden als vorläufig charakterisiert, da einzelne Experten einige Parameter für zu streng halten. Nachdem die TA-Sonderabfall bereits für Mitte des Jahres angekündigt war, hätte man erwarten können, daß die Kriterien inzwischen feststehen.

b) Keine Grenzwerte für Dioxine

Besonders zu kritisieren ist, daß keine speziellen Grenzwerte für halogenhaltige Dioxine und Furare festgelegt wurden. Auch für andere toxische halogenorganische Verbindungen gibt es keine Grenzwerte. Es wurde lediglich ein Wert für den gesamten organisch gebundenen Kunststoff festgelegt sowie ein Wert für absorbierte organische Halogenverbindungen (AOX-Wert).

c) Zeitliche Verzögerung der Verabschiedung einer TA-Sonderabfall

Grundsätzlich zu kritisieren ist die enorme zeitliche Verzögerung, mit der die TA-Sonderabfall vorgelegt wurde (ursprünglich sollte sie schon 1987 vorgelegt werden, jetzt liegt sie im Dezember 1989 erst in einem Referentenentwurf vor). Eine Gesamtbewertung zur Technischen Anleitung Abfall kann erst gezogen werden, wenn auch die TA-Hausmüll vorliegt; hierzu gibt es jedoch noch nicht einmal einen Referentenentwurf.

d) Keine Vorgaben für Abfallvermeidung

Ein weiterer grundsätzlicher Kritikpunkt ist, daß die TA-Sonderabfall auf der Stufe der Abfallrecycling und vor allem der Abfallentsorgung einsetzt und nicht bereits bei der Abfallvermeidung.

e) Übergangsregelungen von bis zu sechs Jahren sind zu lang

4. Position der SPD

Die SPD hat weitestgehende Konzepte zur Abfallvermeidung vorgelegt als sie die Bundesregierung in ihrer TA-Sonderabfall berücksichtigt:

- Bereits im Dezember 1984 forderte die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem „Konzept für eine umweltverträgliche Abfallwirtschaft“ eine Schadstoffabgabe für Problemstoffe und Problemprodukte beziehungsweise Produktionen. Diese Initiative wurde bisher von der Bundesregierung nicht aufgegriffen.
- In dem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Novellierung des Abfallgesetzes“ von 1988 wird gefordert, die Erzeuger von Sonderabfällen zu verpflichten, konkrete Reduzierungs- und Verwertungsprogramme aufzustellen. Darüber hinaus soll ein Abfallwirtschaftsprogramm mit dem Ziel erarbeitet werden, bis 1990 das Abfallaufkommen im industriellen, gewerblichen und Hausmüllbereich um 20 Prozent zu senken und die Verwertungsquote von Wertstoffen und Kompott auf bis zu 50 Prozent zu erhöhen. Diese Ansätze gehen weit über das hinaus, was jetzt in der Technischen Anleitung Sonderabfall angestrebt wird. (-/19.2.1990/vo-he/rs)

Neue Demokratielkampagne in Nepal

Zur aktuellen Entwicklung in dem Himalayaland

Von Dr. Edith Niehuis MdB

Ermutigt durch die Erfolge der Demokratiebewegungen in Ost- und Mitteleuropa, ist auch in anderen Teilen der Welt der Ruf nach Demokratie wieder hörbar. So im Königreich Nepal. In diesem kleinen Land, das zwischen China und Indien ohne Zugang zur See im Himalaya liegt, leben 18 Millionen Menschen. Nepal gehört zu den ärmsten Ländern der Welt, und seine wirtschaftliche Situation hat sich in den letzten Jahren noch verschlechtert.

Aber nicht nur der wirtschaftliche Weg Nepals ist beschwerlich, sondern auch der demokratische. Als 1950 die Rana - Herrscher entmachtet wurden und der König in seine alten Rechte wieder eingesetzt wurde, öffnete sich das Land nach außen. Ziel der Revolution war die Errichtung einer Demokratie in Nepal. Die Regierung setzte sich je zur Hälfte aus Vertretern der 1947 gegründeten Congress-Partei und der Ranas zusammen.

1959 gab es freie Wahlen. Die Congress-Partei errang die absolute Mehrheit. Doch dieses frei gewählte Parlament wurde 1960 vom König aufgelöst, so daß die Regierung von Premierminister B.P. Koirala nicht einmal 18 Monate im Amt sein konnte. Der König ersetzte die frei gewählte Regierung durch das parteilose Panchayat-System. Der ehemalige Premierminister Koirala und andere Politiker wurden verhaftet. Nach acht Jahren Militärgefängnis und acht Jahren Exil in Indien kehrte Koirala 1976 nach Nepal zurück. Seit 1960 sind politische Parteien in Nepal offiziell verboten und seither wird immer wieder der Ruf nach einer Mehr-Parteien-Demokratie laut.

Immer wieder kam es zu willkürlichen Verhaftungen von Kritikern und zu langen Gefängnisaufenthalten ohne Gerichtsverfahren, denn trotz Verbot existierten und agierten die Oppositionsparteien weiter. In Nepal gibt es seit 1960 nicht nur politische Gefangene, sondern in dem hinduistisch verfaßten Staat wurden auch nepalesische Christen verfolgt.

In den Berichten von amnesty international ist von Folter und Mißhandlung politischer Gefangener die Rede.

Im Mai 1985 startete die Nepalesische Congress-Partei eine Kampagne des zivilen Ungehorsams, die von den nepalesischen Kommunisten und anderen Gruppen unterstützt wurde. Mit Mahnwachen vor Regierungsgebäuden, Umzügen, öffentlichen Versammlungen und Unterschriftenlisten machte die Bewegung des zivilen Ungehorsams auf sich aufmerksam. Tausende von Regierungsgegnern wurden verhaftet. Im Juni '85 wurde diese Aktion abgebrochen, nachdem Bombenanschläge, von denen sich die Congress-Partei und andere politische Gruppen distanzieren, die friedlich angelegte Demonstration störten und Menschenleben forderten.

Auf diese Weise blieb der Versuch des Jahres 1985, in Nepal eine Mehr-Parteien-Demokratie einzufordern, erfolglos. Das parteilose Panchayat-System existierte weiter, und die Stellung des Königs blieb stark, denn ohne sein Einverständnis geht in Nepal nichts. Durch die internationale Situation, insbesondere durch die Erfolge der demokratischen Bewegungen in Ost- und Mitteleuropa, fühlen sich die politischen Oppositionsparteien und -gruppen in Nepal erneut ermutigt, sich auch in ihrem Königreich für Demokratie einzusetzen. Darum hat die Nepalesische Congress-Partei, unterstützt durch weitere Oppositionsgruppen, erneut zu einer Massenbewegung für eine Mehr-Parteien-Demokratie in Nepal aufgerufen. Am gestrigen Sonntag wurden die Aktionen gestartet. Auch diese Bewegung verdient internationale Beachtung und Unterstützung. (-/19.2.1990/rs/ks)

* * *